

# Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報  
Eingetragen als Zeitung  
auf dem Chines. Postamt.

報  
紙之立掛特郵中  
報券號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien  
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Sonntag, den 4. Dezember 1932.

Nummer 668

## Schleicher mit der Regierungsbildung beauftragt

v. Neurath Aussenminister, Graf Schwerin-Krosigk Finanzminister, Dr. Bracht Innenminister?

Berlin, 2. Dezember (T.O.A.). Die Nachricht von der Ernennung von Schleichers als Reichskanzler wird von der Presse allgemein begrüßt nach den mehr als zwei Wochen dauernden Verhandlungen.

Bisher hatte man es als sicher angenommen, dass von Papen mit der Umbildung des bisherigen Kabinetts beauftragt würde, obgleich ein grosser Teil der deutschen Zeitungen unter Führung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ernstlich vor diesem Vorgehen gewarnt hat. Es wird jedoch erklärt, dass mindestens zwei Minister—Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk und Reichskommissar Bracht—gesagt haben sollen, es sei ihnen nicht möglich unter v. Papen weiter zu arbeiten. Wenn auch von Schleichers Ernennung keinen grossen Beifall hervorgerufen hat, so herrscht doch die Meinung vor, dass es ihm leichter als seinem Vorgänger fallen wird, die Parteien zur politischen Zusammenarbeit zu gewinnen. Liberale Zeitungen wie „Vossische Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ scheinen davon überzeugt zu sein, dass der neue Reichskanzler jede Art von Diktatur ganz entschieden ablehnt, und dass er alles versuchen wird, mit dem Reichstag in Frieden zu leben.

Das „Tageblatt“ weist darauf hin, dass von Schleicher niemals besondere Vollmachten verlangt habe, und dass ihm solche auch nicht angeboten sind. Er ist davon überzeugt, dass es ihm gelingen wird einen Konflikt mit dem Parlament zu vermeiden, und dass es auch nicht nötig sein wird in den nächsten Monaten den Reichstag aufzulösen, um der Regierung Zeit zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu geben und das Land über die gefährlichen Wintermonate hinwegzubringen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ äussert die Ansicht, dass die Hauptaufgabe der neuen Regierung darin besteht, die nationalsozialistische Bewegung dem Staate dienstbar zu machen und eine Aussöhnung zwischen Hindenburg und Hitler herbeizuführen. Diese Ansicht wird auch von der nationalen „Börsenzeitung“

wiederholt, die nach längeren Abhandlungen zu dem Schluss kommt, dass die erste Aufgabe des Kabinetts ist, eine einheitliche Front aller nationalen Parteien zu schaffen.

Die „Deutsche Zeitung“ hält mit ihrer Ansicht zurück bis die Zusammensetzung des neuen deutschen



v. Papen und sein Nachfolger,  
General v. Schleicher

Kabinetts bekanntgegeben ist. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Agrarier ist ebenfalls zurückhaltend, spricht aber die Hoffnung aus, dass es von Schleicher gelingt für die neue Regierung eine breitere Basis zu finden und die politische Spannung zu überwinden.

Der sozialistische „Vorwärts“ begrüsst den Sturz von Papens als „Anfangserfolg im Kampfe gegen das herrschende System“, und sagt weiter, dass die

Sozialdemokratische Partei den Kampf weiterführen werde.

Nach dem „Lokalanzeiger“, der als das Sprachrohr Hugenbergs angesehen werden kann, lehnt die Deutsche nationale Volkspartei jegliche Verantwortung für das Schleicher-Kabinet ab, das die Zeitung der Absicht verdächtigt mit der bürgerlichen Demokratie sowohl wie mit den Sozialdemokraten Frieden zu schliessen.

Besondere Bedeutung wird dem Kommentar der Nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff“ beigegeben, die der Ansicht ist, dass die neue Regierung zu schwach ist, um lange im Amte bleiben zu können. Sie schreibt weiter, dass die Nationalsozialisten schon des öfteren Beweise für ihre Bereitwilligkeit unpopuläre Entscheidungen zu treffen gegeben hätten, wenn solche Entscheidungen den Interessen des Volkes dienlich gewesen wären.

Obgleich die Zeitung keine klare Erklärung über die Haltung der Nationalsozialisten zu der neuen Regierung abgibt, so scheint es doch, dass sie nicht abgeneigt sind mit Schleicher zu einem Arbeitsabkommen zu gelangen.

Berlin, 2. Dezember (T.O.A.). Sofort nach seiner Ernennung hat General von Schleicher die Verhandlungen zur Regierungsbildung aufgenommen, aber die Liste der Minister wird kaum vor Sonnabend vollständig sein. Man nimmt jedoch allgemein an, dass Aussenminister v. Neurath, Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, Justizminister Gürtner, sowohl wie Verkehrsminister v. Eltz-Rübenach von dem alten Papenkabinet übernommen werden. Der neue Reichskanzler wird das Reichswahrministerium zweifellos beibehalten, während der Reichskommissar Dr. Bracht als aussichtsreicher Kandidat für das Innenministerium genannt wird. Halbamtlichen Erklärungen zufolge sollen alle von der früheren Regierung vorgeschlagenen Verfassungsreformen einstweilen zurückgestellt werden. Es wird erklärt, dass die neue Regierung sich darauf konzentrieren wird, die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu bekämpfen und die notwendigen Massnahmen treffen wird, um der wirtschaftlichen Not zu steuern.

Berlin, den 2. Dezember (Reuter). Nach Reuters Ansicht kann die neue Regierung wahrscheinlich mit grosser Unterstützung rechnen, wenn sie sich in der kommenden Woche dem Reichstag vorstellen wird, aber eine Mehrheit wird sie kaum zustande bringen, da die Nazis und Kommunisten ihr feindlich gesonnen sind. Die Haltung der Sozialisten hängt davon ab, ob ihnen das Programm der Regierung genehm sein wird. Sollte der Reichstag einen Misstrauensantrag einbringen, wird Hindenburg wahrscheinlich die Regierung ermächtigen, in derselben Weise wie das Papen Kabinet zu regieren.

### Von der Börse

Berlin, 2. Dezember (T.O.A.). Die heutige Börse eröffnete sehr uneinheitlich, Gerüchte über die Wiederernennung von Papens als Reichskanzler veranlassten die Spekulanten ihre Aktien abzustossen, die allerdings teilweise in der Provinz wieder Aufnahme fanden, sodass die Preise nur 1 bis 1½ Punkte zurückgegangen sind.

Die Nachricht, dass von Schleicher mit der Regierungsbildung beauftragt worden ist, änderte das Bild vollkommen. Umfangreiche Aufträge von Spekulanten sowohl wie von anderen Käufern liefen ein, und die Preise konnten nicht nur den Verlust wieder aufholen, sondern stiegen sogar zwei Punkte über die Schlussnotierungen des letzten Tages, Tägliches Geld 4¼ zu 5¼.

### Der Reichsbankausweis

Berlin, 2. Dezember (T.O.A.). Der Reichsbankausweis der letzten Woche zeigt ein geringes Steigen der Goldreserven, was allerdings durch die erhebliche Zunahme des Notenumlaufes wieder wettgemacht wurde. Die Deckungsrate sackte infolgedessen von 28.2 auf 26.5% ab.

### Antrag auf Verstaatlichung der deutschen Grossbanken

Stuttgart, den 3. Dezember (Havas). Die Nationalsozialisten haben im württembergischen Landtag den Antrag eingebracht, das Reich aufzufordern, die deutschen Grossbanken sofort zu verstaatlichen. Der Antrag ist mit 32 gegen 28 Stimmen angenommen worden. Unterstützung fand er ausser bei den Nationalsozialisten noch bei den Sozialdemokraten.

## Das Kriegsschulden - Problem

### Frankreich bittet im internationalen Interesse um Stundung

Paris, den 3. Dez. (Havas). In der Antwort auf die Note der Vereinigten Staaten spricht sich Frankreich sehr zufrieden über die Erklärung Hoovers aus, dass er geneigt sei, dem Kongress nochmals die Frage der Kriegsschulden-Zahlungen zur Nachprüfung vorzulegen.

Die französische Regierung, so heisst es in der Antwortnote, erkennt an, dass eine Reduzierung der Kriegsschulden Europas an die Vereinigten Staaten auf die wirtschaftliche Lage in U. S. A. nicht ohne Einfluss bleiben kann. Die Note weist nochmals auf den Ernst der Wirtschafts- und Finanzkrise hin, unter der die Welt seit 1925 leidet, und die zu einem Moratorium und anschliessend zu einer Revision der gegenseitigen Regierungsschulden in Europa geführt habe.

Die Regierung bestreitet nicht die Rechtsgültigkeit der Verpflichtungen sondern sie bittet nur um eine Stundung, ohne dass die Rechte der beiden Parteien davon berührt werden.

Die Note weist auf die internationale Solidarität hin und hofft, dass bezgl. der am 15. Dezember fällig werdenden Zahlungen Erleichterungen gewährt werden. Die wirtschaftliche Depression hat Präsident Hoover bereits im Jahre 1931 zu einem Moratorium bestimmt, und diese Depression hat sich seit dem letzten Jahre noch wesentlich verschärft. Und sie wird noch ernster, sollte der Regelung der Regierungsschulden vor allen Privatverpflichtungen der Vorrang gegeben werden.

Die Note fährt dann fort, dass Frankreich trotz der erheblichen Defizits in seinem Haushalt auf seinen rechtlichen Anspruch auf 85 Millionen Dollar Reparationen verzichtet habe. Frankreich hat freiwillig dies Opfer gebracht.

Die Note schliesst damit, dass Amerika gebeten wird, das Problem nochmals zu prüfen, denn Frankreich erfüllt nur seine Pflicht, wenn es hierzu im internationalen Interesse auffordert.

### Die englische Presse zu der Zahlungsfrage

London, den 3. Dezember (Havas). Ein erneutes Absacken des englischen Pfund-Kurses spiegelt die

Haltung wieder, die Amerika in seiner Antwort, auf die englische Note einnehmen wird.

Gleichzeitig gehen die englischen Käufe in den Vereinigten Staaten scharf zurück.

Die Presse ist allgemein der Ansicht, dass England imstande sein wird, seinen Verpflichtungen in der Kriegsschuldenfrage am 15. Dezember nachzukommen, sollte Amerika auf Zahlung bestehen.

Evening Standard schlägt vor, dass die nach England importierten amerikanischen Waren mit höheren Zöllen belegt werden sollten.

Der „Star“ bedauert dass England bereit sei zu zahlen anstatt solche Zahlungen glattweg zu verweigern.

Der Wortlaut der französischen Note ist hier sehr günstig aufgenommen worden. Man ist, Frankreich dankbar, dass in der Note besonders darauf hingewiesen worden ist, dass die französischen Goldreserven doch das Eigentum von Privatleuten seien.

### Amerika lehnt ab

Washington, den 3. Dezember (Havas). Nach einer längeren Sitzung über das Problem der Kriegsschulden erklärte Oberst Stimson, dass es für die amerikanische Regierung wahrscheinlich nicht nötig sei, auf die letzten französischen und englischen Noten zu antworten, da die Haltung des Kongresses zu dieser Frage unverändert sei.

Die Haltung dem amerikanischen Präsidenten gegenüber habe sich verschärft, sagte Stimson, da man ihn verdächtige, dass er den Schuldnerstaaten Versprechungen gemacht und sie im Stillen zu ihrem Vorgehen ermutigt habe. Wenn auch Präsident Hoover die in den Noten angeführten Argumente vollauf wüdig, so bleibt ihm doch nichts anderes übrig als sie dem Kongress ohne Kommentar zur Diskussion vorzulegen.

Senator Borah hat gestern die Ansicht geäussert, dass eine Stundung und selbst eine Annulierung der Kriegsschulden nicht genüge, die wirtschaftliche Depression in der ganzen Welt zu beheben. Streichung der Kriegsschulden seien nur halbe Massnahmen, die nicht zur Wiederherstellung des Vertrauens genügen.